

Moderne Infrastruktur im Konsens schaffen

Unser Land steht vor enormen Herausforderungen. Antworten darauf erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem „Projekt Zukunft“. Eine von sieben Projektgruppen entwickelt dazu ein Konzept für eine nachhaltige Infrastruktur.

Warum ist Infrastruktur so wichtig?

Schnell im Internet surfen – bequem im ICE in die nächste Großstadt – Strom aus Windkraftanlagen auf hoher See – all dies hat eines gemeinsam: Wir brauchen hierfür eine moderne Infrastruktur. Ob Breitbandkabel, Verkehrswege oder Stromleitungen – eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Voraussetzung, damit wir in Deutschland auch künftig wirtschaftlich erfolgreich sind, unser Wirtschaftsmodell umweltgerechter und nachhaltiger wird und wir uns so wie unseren Kindern und Enkeln eine hohe Lebensqualität sichern.

Dies setzt Investitionen in Energie- und Kommunikationsnetze, in Verkehrswege, in die Stadtentwicklung und in den Gebäudebestand voraus.

Es ist notwendig, dass wir uns in unserem Land darüber verständigen, welche Investitionen besonders wichtig und vorrangig anzugehen sind. Was wir brauchen, ist ein Konsens darüber, wie die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft aussehen soll und wie wir sie finanzieren.

Wie kann ein Konsens für eine moderne Infrastruktur aussehen?

Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet an einem Infrastruktorkonsens. „Konsens“ bedeutet: Wir wollen uns mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen und Experten darü-

ber verständigen, wie wir unsere Infrastruktur in Deutschland gestalten können. Und wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen und Planungen für die Infrastruktur von Beginn an und umfassend beteiligt sind.

Ein solcher Konsens umfasst mehr als eine Verständigung über bestimmte Einzelprojekte. Vielmehr muss für jeden Bürger, für jede Bürgerin erkennbar sein, dass die Projekte, mit denen sie vor Ort konfrontiert sind, Teil einer gut begründeten, strategisch ausgerichteten Infrastrukturplanung sind. Ein solches Konzept muss auch der wachsenden Bedeutung der Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen gerecht werden und Möglichkeiten einer optimierten Nutzung der bestehenden Infrastruktur aufzeigen. Die aktuelle Situation krankt ja gerade daran, dass viele Menschen ein stringentes Konzept bei der schwarz-gelben Bundesregierung vermissen.

Unser Ziel ist es deshalb, in einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog ein strategisches Konzept für unsere Infrastruktur zu erarbeiten – ein Konzept, das klare Prioritäten setzt und in dem wir eine glaubwürdige und tragfähige Antwort auf die Frage der Finanzierung unserer Infrastruktur geben.

Mehr Bürgerbeteiligung – schnellere Planung

„Mehr Demokratie wagen“ ist beste sozialdemokratische Tradition. Mehr Demokratie – mehr Beteiligung – steht nicht im Widerspruch zum wirtschaftlichen Interesse nach kurzen Planungs- und Bauzeiten. Im Gegenteil: Nur eine breite Akzeptanz der Infrastrukturvorhaben sichert deren rasche Umsetzung. Deshalb gehören Planungsbeschleunigung und Bürgerbeteiligung für uns zusammen: Wir wollen Infrastrukturvorhaben künftig schneller und mit mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umsetzen.

Unser Ziel ist es, die Menschen in ganz Deutschland von Betroffenen zu Beteiligten von Planungsverfahren zu machen.



Alle Bürgerinnen und Bürger erwarten eine gut funktionierende Infrastruktur, angefangen bei den Verkehrswegen bis hin zur Stromversorgung. Häufig kommt es zu Konflikten, wenn es darum geht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Deshalb wollen wir die Öffentlichkeit von Anfang an am Entscheidungsprozess beteiligen.

Dabei geht es nicht allein um Transparenz und bessere Information. Wir wollen echte Mitwirkungsmöglichkeiten schaffen.

Dazu muss Bürgerbeteiligung vor allem früher einsetzen als bisher. Die Grundsatzentscheidungen über das künftige Verkehrswege- und Energieleitungsnetz dürfen nicht ohne Beteiligung der Öffentlichkeit gefällt werden. Und bei der Festlegung der Trassen für Verkehrswege und Stromleitungen müssen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an einbezogen sein.

Sicherung der kommunalen Infrastruktur

Der Zustand der kommunalen Infrastruktur betrifft uns alle. Ob Kindergärten, Sportplätze, Gemeindestraßen oder öffentlicher Personennahverkehr, überall stehen unsere Städte und Gemeinden angesichts knapper Kassen und vielerorts sinkender Bevölkerungszahlen vor der Herausforderung, wie sie die grundlegenden Einrichtungen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger sichern können.

In einer solchen Situation darf der Bund nicht seinen Anteil an der Finanzierung der Städtebauförderung und der Gemeindeverkehrsfinanzierung zurückfahren, wie es derzeit geschieht. Nötig sind vielmehr Konzepte, wie die kommunale Infrastruktur auch in Zukunft angesichts angespannter öffentlicher Haushalte flächendeckend sichergestellt werden kann. Dabei ergeben sich grundsätzliche Fragen:

- Wie kann der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor dem Hintergrund des demografischen Wandels realistisch umgesetzt werden?
- Wie kann die kommunale Daseinsvorsorge auch in schrumpfenden Regionen gewährleistet werden?
- Brauchen wir neue Finanzierungsinstrumente, etwa für die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs und den kommunalen Straßenbau?

Auf diese Fragen wollen wir im Rahmen des Infrastruktorkonsenses im Dialog mit allen Beteiligten eine glaubhafte Antwort geben.

Richtige Prioritäten in der Verkehrspolitik setzen

Die Verkehrspolitik steht vor enormen Herausforderungen: Verkehr muss klima- und umweltfreundlicher werden. Auf vielen Hauptverkehrsachsen bestehen infolge des anhaltenden Güterverkehrswachstums Engpässe, die dringend beseitigt werden müssen. Gleichzeitig verschlechtert sich der Zustand unserer Straßen, Schienen und Wasserwege, weil zu wenig in ihren Erhalt investiert wird. Die Folge sind zunehmende Verkehrsbehinderungen, nicht nur bei Extremwetter.



Zukunftsfähig planen: Für einen klima- und umweltfreundlichen Verkehr.

Ein „Weiter-so“ kann es in dieser Situation nicht geben. Wir müssen uns in Deutschland klar darüber werden, welche Prioritäten wir bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur künftig setzen wollen. Wir wollen deshalb im Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften die Bundesverkehrswege- und Investitionsplanung neu ausrichten. Für die Unterhaltung unserer Verkehrswege müssen genügend Mittel zur Verfügung stehen. Priorität muss auf der Beseitigung der Engpässe im Netz liegen, damit unser Verkehrssystem wieder ganzjährig zuverlässig funktioniert. Und wir brauchen ein durchdachtes Konzept für die Bahn, damit

wir mehr Verkehr auf die Schiene verlagern können. Deutlich verbessert werden muss vor allem auch der Lärmschutz an Verkehrswegen.

Dabei gilt: Wir versprechen nichts, was nicht finanziert werden kann.

Intelligente Netze für bezahlbare Energieversorgung

Wir wollen daran mitwirken, dass die Energieversorgung bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann, so dass kein klimaschädliches Kohlendioxid mehr freigesetzt wird.

Um erneuerbare Energien flexibel und je nach Bedarf innerhalb der Bundesrepublik Deutschland optimal nutzen zu können, werden neue Leitungstrassen benötigt. Die Genehmigungsverfahren hierfür wollen wir beschleunigen, sie gleichzeitig aber transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Vor allem muss zunächst in einem transparenten Verfahren geklärt werden, welcher Bedarf an neuen Leitungstrassen besteht. Dabei sind auch Alternativen, z. B. eine dezentralere Stromerzeugung, einzubeziehen, die den Bedarf an neuen Leitungen verringern können. Wir werden zudem im Dialog mit allen Beteiligten klären, ob alternative Leitungstechniken, z. B. Erdkabel, stärker verwendet und wie diese Techniken finanziert werden können.

Das Energiesystem muss zu einem Energiedienstleistungssystem umgebaut werden, in dem Angebot und Nachfrage besser aufeinander abgestimmt sind. Kernelement hierfür sind intelligente Netze („smart grids“). Sie ermöglichen es z. B., dass Strom besonders preiswert ist, wenn er reichlich vorhanden und die Nachfrage gering ist. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sparen hierdurch künftig Geld.

Schnelles Internet für alle

Schnelle Internetzugänge sind für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von enormer Bedeutung. Und sie sind die Voraussetzung für jeden Einzelnen, um an den Kommunikationsprozessen moderner Gesellschaften teilhaben zu können.

Deshalb wollen wir Internetanschlüsse mit hohen Übertragungsraten flächendeckend in Deutschland sicherstellen, nicht nur in Ballungsgebieten, sondern auch in ländlichen Räumen. Hierzu müssen neben Glasfaseranschlüssen auch hochleistungsfähige mobile Übertragungstechniken (LTE) genutzt werden.

Wenn wettbewerbliche Lösungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen, treten wir für eine gesetzliche Absicherung der flächendeckenden Breitbandversorgung durch Einführung eines so genannten Universaldienstes ein. Darüber hinaus müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Unternehmen zusätzliche Anreize für Investitionen und Innovationen in die Kommunikationsnetze erhalten und Synergien genutzt werden. Eine verbesserte Informationslage über den Stand der Breitbandentwicklungen soll dazu beitragen. Es muss ein Weg gefunden werden, der möglichst viele Unternehmen an der Umsetzung und den Kosten des Breitbandausbaus beteiligt, etwa indem neue Kooperationsmodelle ermöglicht werden.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TEXT: DR. RALF BAMMERLIN | **REDAKTION:** ANJA LINNEKUGEL
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS: ©: KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Neuer Konsens für eine moderne Infrastruktur

Aufbruch zu einer neuen Infrastrukturpolitik

PROJEKT ZUKUNFT

